



Beschlussvorlage

Vorlage: BV/0945/2019		Datum: 11.11.2019	
Kulturdezernentin			
Verfasser:	40-Kultur- und Schulverwaltungsamt	Az.: 40	
Betreff:			
Resolution zur Neuordnung der Hochschullandschaft in Rheinland-Pfalz mit beabsichtigter Verselbständigung der Universität Koblenz			
Gremienweg:			
13.12.2019	Stadtrat	<input type="checkbox"/> einstimmig <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> verwiesen	<input type="checkbox"/> mehrheitl. Kenntnis <input type="checkbox"/> vertagt
	TOP öffentlich	<input type="checkbox"/> Enthaltungen	<input type="checkbox"/> ohne BE <input type="checkbox"/> abgesetzt <input type="checkbox"/> geändert <input type="checkbox"/> Gegenstimmen
02.12.2019	Haupt- und Finanzausschuss	<input type="checkbox"/> einstimmig <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> verwiesen	<input type="checkbox"/> mehrheitl. Kenntnis <input type="checkbox"/> vertagt
	TOP öffentlich	<input type="checkbox"/> Enthaltungen	<input type="checkbox"/> ohne BE <input type="checkbox"/> abgesetzt <input type="checkbox"/> geändert <input type="checkbox"/> Gegenstimmen

Beschlussentwurf:

Der Stadtrat beschließt nachfolgende Resolution zur Neuordnung der Hochschullandschaft in Rheinland-Pfalz mit beabsichtigter Verselbständigung der Universität Koblenz an das Ministerium für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur zu richten.

Begründung:

In dem am 11.09.2019 auf Einladung von Herrn Oberbürgermeister Langner stattgefundenen Hochschulstrategiegespräch wurde vereinbart, dass Herr Langner und Frau PD Dr. Theis-Scholz über die Prozesse zur Neuordnung der Hochschullandschaft im Stadtrat berichten und in diesem Zusammenhang eine an das Ministerium für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur adressierte Resolution erarbeiten:

- Die Hochschullandschaft der Stadt und der Region Koblenz bildet eine der wichtigsten Einflussgrößen und Potenziale für die Zukunftsentwicklung der regionalen Wirtschaft und Bildungslandschaft.
- Die Möglichkeit des Studiums und der akademischen Weiterbildung hat erhebliche Bedeutung für die Bindung von qualifiziertem Nachwuchs von Führungs- und Fachkräften in der Regiopoleregion und entfaltet nachhaltig nachweisliche positive regionale Sogwirkung.
- Vor dem Hintergrund der Bedeutsamkeit der Bildungswirkung fördert die Stadt Koblenz die Zusammenarbeit der Hochschulen in der Region und den lokal evidenten Wissenstransfer von Forschungsergebnissen u.a. im Rahmen der Wissenschafts- und Wirtschaftsallianz, dem Hochschulausschuss, der Hochschulpreisverleihung sowie projektbezogenen Vorhaben.
- Die Stadt Koblenz begrüßt den von der Landesregierung mit Kabinettsbeschluss in Gang gesetzten Prozess der Verselbständigung der Universität Koblenz-Landau. Sie erkennt in dem angestrebten Ziel einer eigenständigen Universität am Standort Koblenz bis zum Jahr 2022 die Chance auf Profilierung der Universität als Hochschuleinrichtung.

- Aufgrund der spezifischen georäumlichen Lage besitzt Koblenz als Oberzentrum auch im Bildungsbereich eine im Verhältnis zur tatsächlichen Stadtgröße beachtliche Schwarmfunktion. Die Stadt trägt daher eine besondere Verantwortung ebenso in der zukünftigen Sicherung und Gewährleistung der einzelnen Bildungseinrichtungen und ihrer Reichweite. Innerhalb der Verantwortungsgemeinschaft mit den umliegenden Kreisen soll die zukunftsbezogene Entwicklung der akademischen Bildungslandschaft und insbesondere der Teilung der bisherigen Universität Koblenz-Landau mit anschließender Eigenständigkeit der Universität Koblenz im engen, konstruktiven Dialog mit dem zuständigen Ministerium für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur stattfinden.
- Von dem zuständigen Ministerium für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur fordert die Stadt Koblenz eine sorgfältige fachliche Begleitung und Steuerung in der Entflechtung der Hochschulstandorte Koblenz und Landau in Bezug auf die Personalstellen, Verwaltungseinheiten, sächlicher Ausstattung und Finanzausstattung im angestrebten Zeitraum. Eine ausreichend finanzielle Ausstattung der Hochschullandschaft in der Region Koblenz ist seitens des Landes zu gewährleisten.
- Die Stadt Koblenz und die zuständigen städtischen Gremien erheben den Anspruch, im kontinuierlichen Austausch mit dem Ministerium für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur regelmäßig über relevante Schritte des Status quo des Verselbständigungsprozesses informiert zu werden und mitgestalten zu können.
- Die Zukunftsfähigkeit und Existenssicherung einer selbständigen Universität Koblenz muss durch das bestehende Profil mit attraktiven Studiengängen und den Fachbereichen Informatik, Mathematik und Naturwissenschaften, Bildungswissenschaften und verschiedenen Lehrämtern sowie der Philologie und Kulturwissenschaften erhalten bleiben und sich wirkungsvoll dynamisch ausgerichtet an den Erfordernissen einer modernen Bildungslandschaft weiterentwickeln.
- In enger Kooperation der ortsansässigen Hochschulen sollen unter Berücksichtigung lokaler vorhandener geeigneter Voraussetzungen sowie günstiger struktureller Rahmenbedingungen akademische Weiterentwicklungspotenziale insbesondere in den Fachbereichen **Gesundheitswesen, Pflegewissenschaften, Justizwesen, Gewässerkunde, Bibliothekswesen, Archivwesen** gemeinsam geprüft und als Studiengänge konzipiert werden. Die Förderung der Zusammenarbeit der Hochschulen wird dahingehend städtischerseits ausdrücklich unterstützt. Der laufende Diskurs der Akteure aus dem außeruniversitären Raum zu dieser Frage stellt eine wichtige Bereicherung dar. Die daraus resultierenden Ideen und Vorschläge gilt es zu berücksichtigen.
- Die Stadt Koblenz verpflichtet sich, den Prozess der Teilung der Universität Koblenz-Landau und die daraus resultierende Eigenständigkeit der künftigen Universität Koblenz aufmerksam zu verfolgen, intensiv zu begleiten und sich für eine starke Universität als lokale Bildungsinstitution nachdrücklich einzusetzen.

Anlage/n:

Historie:

Auswirkungen auf den Klimaschutz: Nein